



<https://blz.li/2h1u>

AUSSCHUSS STIMMT FÜR MEDIZINSTRATEGIE 2030

Veröffentlicht am 16.05.2023 um 16:59 von Redaktion AltkreisBlitz

Im heutigen Ausschuss für Soziales, Wohnen, Teilhabe

und Gesundheit wurde der Medizinstrategie 2030 zugestimmt. "Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine sichere und zukunftsfähige kommunale Gesundheitsversorgung für die ganze Region Hannover. Mit dieser Entscheidung sind wir Vorreiter in der Gesundheitsversorgung von Morgen, denn die gesamte Krankenhauslandschaft befindet sich aktuell im Wandel. Investitionsstau, Personalmangel, steigende Qualitätsanforderungen und der Trend zu ambulanten Behandlungen stellen Kliniken bundesweit vor große Herausforderungen. Davon sind insbesondere Krankenhäuser in kommunaler Hand betroffen, die bei der Bewältigung der Coronafolgen besonders gefordert waren", teilen die Fraktionen von SPD und Bündis 90/Die Grünen in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit.

Mit der Medizinstrategie 2030 will sich das Klinikum Region Hannover diesen veränderten Rahmenbedingungen anpassen und zukunftsfest aufstellen. Das KRH strebt eine gestufte Versorgungsstruktur aus Grund- und Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung an und will seine Leistungen stärker konzentrieren. "Gleichzeitig bleibt ein gut erreichbares Versorgungsangebot sowohl im Umland als auch in der Landeshauptstadt erhalten", so die beiden Parteien.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben diese Medizinstrategie intensiv beraten und bringen zusätzlich mit einem Änderungsantrag erweiternde Maßnahmen auf den Weg. "Insbesondere für die Standorte Laatzen und Lehrte wollen wir eine klare Perspektive bieten und Planungssicherheit schaffen", erklären sie. "Die Medizinstrategie 2030 ist der richtige Weg, um das KRH als einen der größten kommunalen Klinikverbünde Deutschland in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten und eine umfassende und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung für die ganze Region sicherzustellen", betonen die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Silke Gardlo, und Bündnis 90/Die Grünen, Sinja Münzberg.

"Die Entscheidung über die Medizinstrategie ist auch eine Entscheidung darüber, ob wir auch weiterhin eine hochwertige Gesundheitsversorgung aus kommunaler Hand anbieten können. Mit den angestrebten Maßnahmen stellen wir die Weichen dafür, das Klinikum zu halten und zukunftssicher aufzustellen. Die geplanten Rahmenbedingungen von Bund und Land bieten uns jetzt die Chance, die Gesundheits- und Notfallversorgung in der Region deutlich zu verbessern und stärker an den Bedürfnissen von PatientInnen auszurichten. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir auch die Standorte in Laatzen und Lehrte stärken, indem wir bereits gemachte Investitionszusagen vor dem Hintergrund der neuen Medizinstrategie vor Ort sicherstellen und das Profil der Standorte als sektorenübergreifende Versorgungsangebote schärfen".

Konkret sieht der rot-grüne Änderungsantrag vor, dass der Standort Laatzen als Grund- und Regelversorger samt Notfallversorgung gestärkt und um ein attraktives Portfolio an ambulanten Angeboten erweitert wird. Die Modernisierung der zentralen Notaufnahme soll fortgesetzt und eine Projektentwicklung beauftragt werden, um die Weiterentwicklung des Agnes-Karll-Krankenhauses voranzubringen. Am Standort Lehrte sprechen die Koalitionsfraktionen sich für die Einrichtung eines Regionalen Gesundheitszentrums (RGZ) in kommunaler Trägerschaft aus. Dieses soll als sektorenübergreifendes Versorgungsangebot sowohl über stationäre Betten, als auch über ein breites ambulantes Angebot verfügen. Die Verwaltung wird mit dem Änderungsantrag gebeten, dafür eine Förderung beim Land Niedersachsen zu beantragen.

"Sollte ein RGZ nicht realisierbar sein, soll am Standort Lehrte ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) als Gesundheitscampus mit einem attraktiven und bedarfsgerechten ambulanten Angebot in kommunaler Trägerschaft entwickelt werden", erklären SPD und Grüne. Sowohl RGZ als auch MVZ sollen zu einer deutlichen Verbesserung der ambulanten Notfallversorgung führen. Eine Projektentwicklung soll auch in Lehrte mit der Realisierung des Gesundheitscampus beauftragt werden. Erklärtes Ziel der Koalitionsfraktionen ist es, ein durchgehendes Versorgungsangebot zu gewährleisten. Der Gesundheitscampus soll in unmittelbarem Anschluss an den Leerzug des

Krankenhauses seinen Betrieb aufnehmen. Bei Bedarf soll ein Neubau auf dem bisherigen Krankenhausareal geplant werden. Weiterhin sieht der Änderungsantrag vor, dass die Neubauplanungen für Großburgwedel in Abstimmung mit dem Land fortgesetzt werden, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit einer trägerübergreifenden Lösung für den Osten der Region mit dem Land ernsthaft geprüft wird.

Der Änderungsantrag beschäftigt sich aber auch mit der Personalentwicklung. Dabei ist SPD und Grünen wichtig: "Die Zahl der Ausbildungsplätze zur Pflegefachkraft und anderer Gesundheitsfachberufe im KRH soll deutlich erhöht werden. Wir wollen den Beschäftigten im KRH gute Arbeitsbedingungen und eine bedarfsgerechte Personalausstattung ermöglichen. Deshalb beauftragen wir die Regionsverwaltung zeitnah das Gespräch mit dem Land Niedersachsen suchen, wie wir mehr Ausbildungsplätze schaffen können."

Gardlo und Münzberg sind sich einig: "Mit unserem Änderungsantrag reagieren wir auf die berechtigten Sorgen der Menschen in der Region Hannover, insbesondere in Lehrte und Laatzen. Für beide Standorte schaffen wir eine verlässliche Perspektive und ein attraktives Versorgungsangebot. Mit der so modifizierten Medizinstrategie 2030 leisten wir unter neuen Bedingungen Pionierarbeit und stellen unseren kommunalen Klinikverbund zukunftsfähig auf. Wir sorgen dafür, dass das KRH ein attraktiver Arbeitgeber für die Mitarbeitenden bleibt und stellen die Weichen für eine hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der Region Hannover."